

Stand: 20.04.2026 06:22:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2546

"Bericht zu Reaktionen der privaten Jägerschaft sowie der Bayerischen Staatsforsten auf Notsituationen durch extreme Wetterereignisse"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2546 vom 13.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3270 des LA vom 03.07.2019
3. Beschluss des Plenums 18/3785 vom 25.09.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 25.09.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Volker Bauer, Barbara Becker, Wolfgang Fackler, Dr. Martin Huber, Petra Högl, Dr. Petra Loibl, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Martin Wagle, Manuel Westphal CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Bericht zu Reaktionen der privaten Jägerschaft sowie der Bayerischen Staatsforsten auf Notsituationen durch extreme Wetterereignisse**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert darüber zu berichten,

- wie in den Landkreisen, in denen aufgrund des Wintereinbruchs Anfang 2019 der Katastrophenalarm ausgerufen wurde, von den Bayerischen Staatsforsten und Inhabern privater Reviere auf die dadurch eingetretenen Auswirkungen auf Wildtiere reagiert wurde;
- welche Möglichkeiten die Bayerischen Staatsforsten insbesondere im alpinen Raum haben, um kurzfristig auf Extremschneeereignisse im Hinblick auf Wildfütterungen zu reagieren und
- inwieweit eine Optimierung der Sicherstellung der Winterfütterungen in Notzeiten erfolgen könnte, insbesondere im Hinblick auf die durch den Klimawandel bedingten immer stärker eintretenden Extremwetterereignisse.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Haushaltsmittel dafür zu sorgen, im Forschungsprojekt der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft „Integrales Schalenwildmanagement im Bergwald“ zusätzlich die Auswirkungen der Witterungsverhältnisse im Winter 2018/2019 auf das Schalenwild wissenschaftlich fundiert zu untersuchen.

### **Begründung:**

Die bayerischen Jägerinnen und Jäger nehmen ihre gesetzliche Verantwortung sehr ernst, auf Notsituationen in ihren Revieren angemessen zu reagieren. Die Witterung Anfang Januar 2019 in der Gebirgsregion mit massiven Schneefällen hat alle Beteiligten vor große Herausforderungen gestellt. Für den Einsatz und die in den Katastrophengebieten unter schwierigsten Bedingungen erbrachten Leistungen für das Wild gebührt den privaten Jägern und den Beschäftigten der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) großer Dank und Anerkennung.

Zur Versachlichung der Diskussion wie auch zur Darstellung des großen Engagements soll über das Vorgehen und die Leistungen der privaten Jägerschaft sowie der BaySF berichtet werden.

Im Rahmen des Projekts „Integrales Schalenwildmanagement im Bergwald“ wurden in den Jahren 2017 und 2018 in zwei Modellgebieten (Karwendel, Geiglstein) u. a. umfassende genetische Untersuchungen durchgeführt, um die Populationsdichte sowie -struktur des dort lebenden Schalenwilds wissenschaftlich fundiert zu ermitteln. Aufgrund der besonderen Witterungsverhältnisse im Winter 2018/2019 können durch vertiefte Erhebungen (genetische Untersuchungen, Fallwildanalysen etc.) die konkreten Auswirkungen auf das Populationsgeschehen untersucht werden. Die erstmalig zu dem Themenkomplex Witterungsverlauf/Populationsgeschehen gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu beitragen, den Revierinhabern, Jagdbehörden und weiteren Beteiligten wichtige Grundlagen für die Hege des Schalenwilds im Gebirgsraum zur Verfügung zu stellen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

**Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel,  
Eric Beißwenger u.a. CSU,  
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Drs. 18/2546**

**Bericht zu Reaktionen der privaten Jägerschaft sowie der Bayerischen Staatsforsten auf Notsituationen durch extreme Wetterereignisse**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Alexander Flierl**  
Mitberichterstatter: **Andreas Winhart**

### **II. Bericht:**

Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.

Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 3. Juli 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Satz 1 wird nach dem Wort „aufgefordert“ die Wörter „dem Landtag“ eingefügt.
2. Im ersten Spiegelstrich wird nach dem Wort „Reviere“ die Wörter „sowie der Nationalparkverwaltung Berchtesgaden“ eingefügt.

**Dr. Leopold Herz**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Volker Bauer, Barbara Becker, Wolfgang Fackler, Dr. Martin Huber, Petra Högl, Dr. Petra Loibl, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Martin Wagle, Manuel Westphal CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/2546, 18/3270

### **Bericht zu Reaktionen der privaten Jägerschaft sowie der Bayerischen Staatsforsten auf Notsituationen durch extreme Wetterereignisse**

Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Landtag darüber zu berichten,

- wie in den Landkreisen, in denen aufgrund des Wintereinbruchs Anfang 2019 der Katastrophenalarm ausgerufen wurde, von den Bayerischen Staatsforsten und Inhabern privater Reviere sowie der Nationalparkverwaltung Berchtesgaden auf die dadurch eingetretenen Auswirkungen auf Wildtiere reagiert wurde;
- welche Möglichkeiten die Bayerischen Staatsforsten insbesondere im alpinen Raum haben, um kurzfristig auf Extremschneeereignisse im Hinblick auf Wildfütterungen zu reagieren und
- inwieweit eine Optimierung der Sicherstellung der Winterfütterungen in Notzeiten erfolgen könnte, insbesondere im Hinblick auf die durch den Klimawandel bedingten immer stärker eintretenden Extremwetterereignisse.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Haushaltsmittel dafür zu sorgen, im Forschungsprojekt der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft „Integrales Schalenwildmanagement im Bergwald“ zusätzlich die Auswirkungen der Witterungsverhältnisse im Winter 2018/2019 auf das Schalenwild wissenschaftlich fundiert zu untersuchen.

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

#### **über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat in seiner heutigen Sitzung die unter der Nummer 1 aufgeführte Verfassungsstreitigkeit, zu der bis zum 30. September eine Stellungnahme abzugeben ist und die die Bebauungspläne der Landeshauptstadt München betrifft, beraten und bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, sich am Verfahren nicht zu beteiligen. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt.

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 9 und 11 der Liste, zu denen die AfD-Fraktion und die SPD-Fraktion Einzelberatung beantragt haben. Dies sind der Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) betreffend "Rechtsstaat schützen – Keine Solidarität mit Verbrechern!" auf Drucksache 18/2935 und der Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Margit Wild, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Solidarität mit Carola Rackete – Seenotrettung ist kein Verbrechen" auf Drucksache 18/2867. Der gemeinsame Aufruf der genannten Anträge erfolgt am Ende der Tagesordnung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die AfD. Darf ich die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos) um Abstimmung bitten? – War das eine Zustimmung,

Herr Plenk und Herr Swoboda? – Enthaltung? – Ablehnung? – Enthaltung. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.







9. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Margit Wild, Florian von Brunn u. a. SPD  
Solidarität mit Carola Rackete – Seenotrettung ist kein Verbrechen  
Drs. 18/2867, 18/3306 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten.**

10. Antrag des Abgeordneten Markus Rinderspacher SPD  
EU-Demokratie stärken: Ja zum Spitzenkandidatinnen- bzw. Spitzenkandidatenprinzip  
Drs. 18/2882, 18/3305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Rechtsstaat schützen – Keine Solidarität mit Verbrechern!  
Drs. 18/2935, 18/3304 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten.**